

Hubertus Müller-Groeling

Zur sozialen Dimension liberaler Politik

Liberale Politik wird zu Recht mit einer Politik identifiziert, die den Einzelnen, seine Freiheitsrechte und seine Verantwortung in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellt, die mit einer marktwirtschaftlichen Politik auf Effizienz, Wettbewerb und wirtschaftlichen Fortschritt setzt und die Macht des Staates auf das Notwendige beschränken will.

Einer solchen liberalen Politik mit ihrem Appell an Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums wird häufig das Fehlen einer sozialen Dimension unterstellt. Leichtfertige Entgegensetzung von Individuum und Gesellschaft, von Markt und Moral, von Leistungsprinzip und sozialer Gerechtigkeit führt dazu, liberaler Politik den Vorwurf der Indifferenz gegenüber dem Sozialen zu machen.

Das Mißverständnis der sozialen Kälte liberaler Politik kann nur für diejenigen aufkommen, die 'das Soziale' mit den staatlichen Systemen der sozialen Sicherung identifizieren. Jahrzehntelange Gewöhnung führt dann dazu, die Steigerung des Sozialen mit einer Ausdehnung dieser Systeme gleichzusetzen. Und wenn liberale Politik sich weigert, in diese Falle eines verengten Begriffs des Sozialen zu gehen, wird sie des Wirtschaftsliberalismus geziehen, und ihr wird die soziale Dimension abgesprochen.

Soweit es nur darum ginge zu beklagen, daß man die Vertreter liberaler Politik nicht auf den Barrikaden des Kampfes für eine weitere Ausdehnung kollektiver Zwangssysteme der Sozialen Sicherung findet, hätte der Vorwurf eine gewisse Berechtigung. Aber er trifft nicht den Kern der Sache.

Liberale Politik ist in sich sozial

Liberale Politik wendet sich ja gerade gegen die Ausdehnung von Zwangsversicherungssystemen, gegen die Sozialisierung privater Lebensrisiken und gegen die Verstaatlichung der Nächstenliebe. Sie wendet sich gegen die Bevormundung und Entmündigung des Bürgers durch eine fürsorgliche Obrigkeit und gegen die Züchtung einer Anspruchsmentalität.

Es wird leider zumeist übersehen, daß es liberaler Politik um einen Gesellschaftsentwurf geht, in dem das Soziale

nicht vorrangig als ein Anhang zum Marktgeschehen, als eine bloße Korrektur von Marktergebnissen gesehen und damit mehr oder weniger auf Systeme der Sozialen Sicherung beschränkt wird.

Vielmehr hat liberale Politik ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zum Ziel, das intrinsisch sozial ist. Liberale Politik ist in sich sozial, weil sie den Bürgern über eine marktwirtschaftliche Politik nicht nur die Freiheit zu schaffen versucht, ohne staatliche Bevormundung und ohne Diskriminierung selbstverantwortlich für ihr eigenes Wohl zu handeln, sondern weil ihre Handlungsbedingungen über die Rechts- und Wirtschaftsordnung so gesetzt werden, daß im allgemeinen das, was dem einzelnen nutzt, auch gut ist für die Gesellschaft. Die soziale Dimension liberaler Politik besteht darin, daß der einzelne nach seinen Kräften die Verantwortung für sich und die Seinen übernimmt, und sie besteht in der Qualität der „Wechselwirkung, bei der das Handeln für die eigenen Zwecke zugleich die der anderen fördert“ (Simmel).

Regelsystem und Wettbewerb

Für diese Wechselwirkung sorgt nicht nur die Tatsache, daß Tausch und Kooperation auf freien Märkten nur zustande kommen, wenn alle Beteiligten einen Vorteil davon haben. Das Fundament der sozialen Dimension liberaler Politik ist die Rechts- und Wirtschaftsordnung. In ihr sind die Regeln und Mindestnormen enthalten, die die Handlungen des Einzelnen mit dem allgemeinen Wohl in Übereinstimmung bringen.¹ Es ist das unbestrittene Verdienst der Ordoliberalen der Freiburger Schule um Eucken und Böhm, die Bedeutung des gesetzlichen Ordnungsrahmens für das Marktgeschehen erkannt zu haben, also die Rolle der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung, die den Märkten von der Gesellschaft in einem politischen Prozeß gesetzt wird. Jedoch bedürfen Institutionen wie die Wirtschaftsordnung für ihre Interpretation der Unterfütterung durch die Tradition.² Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Markt-moral, die von der Marktgesellschaft selbst entwickelt worden ist, die weitgehend Eingang in die Gesetze gefunden hat und zu einem guten Teil auch die Moral der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht.³

¹ s. Karl Homann/Eckart Blome-Drees, Unternehmensethik, Managementethik, in: Die Betriebswirtschaft 55/1995, S. 98 ff..

² vgl. Karl Popper, In Search of a Better World, London 1992, S. 155 ff.

³ s. Herbert Giersch, Moral als Standortfaktor, FAZ v. 31.12.1994, und H. Müller-Groeling, Ethik und Markt, „liberal“, 38. Jahrgang, Heft 1 1996, S. 59ff.

Trotz aller Klagen über eine nachlassende Moral und bei aller Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Rechts- und Wirtschaftsordnung kann von ungezügelter Märkten nicht die Rede sein. Natürlich müssen die Märkte frei gehalten werden von übermäßigen staatlichen Eingriffen und Regulierungen, wie diese sich beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, in den staatlichen Zwangsversicherungssystemen, im Wohnungswesen finden und zu sklerotischen Erscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft führen. Aber sie müssen auch vor Kartellierung, Monopolisierung und Marktbeherrschung geschützt werden, um ihre Funktionsfähigkeit als Instrument der Wahl, der Nichtdiskriminierung und - nicht zuletzt - der Begrenzung von Macht zu erhalten. Meist ist es so, daß offene Märkte und internationaler Wettbewerb wirksamere Instrumente zur Verhinderung wirtschaftlicher Machtzusammenballungen sind als staatliche Kartellpolitik, die aber nichtsdestotrotz unentbehrlich ist. Liberale Politik hat hier in sozialer Verantwortung ein Wächteramt.

Das Zusammenwirken von Wirtschaftsordnung und Marktverhalten läßt sich vielleicht am besten am Beispiel des Sports zeigen. So wichtig das Verhalten der Wettbewerber und ihre Spielzüge für das Gewinnen sind, es sind die Spielregeln, die für einen fairen Wettbewerb sorgen und für das Gelingen des Wettbewerbs insgesamt. Die Spielzüge des Einzelnen oder der Mannschaft fördern, solange die Regeln fair sind und fair respektiert werden, die Leistungsentfaltung der Teilnehmer ebenso wie das Gelingen der Gesamtveranstaltung.

Wie im Marktgeschehen auch schließen die Regeln im Sport ein über das von den Regeln verlangte hinausgehendes faires Verhalten nicht aus. Im Gegenteil, überschießende Fairneß im Wettbewerb - die vielleicht bereits eine Weiterentwicklung der Wettbewerbsmoral signalisiert - wird sich aller Erfahrung nach sehr positiv auf die Reputation des Handelnden auswirken oder sogar auf die Dauer zu einer Anpassung der Regeln des Wettbewerbs führen.

In der Marktwirtschaft verhält es sich ganz ähnlich: Wenn die Rechts- und Wirtschaftsordnung liberalen Ansprüchen entspricht, kann der Bürger, der sich im Wettbewerb an Recht und Gesetz hält, davon ausgehen, daß seine Handlungen auch sozial wertvoll sind, der Gesellschaft nutzen, und dies, obwohl er seine Interessen (im weitesten Sinne verstanden) verfolgt. Ein wesentlicher Teil der ethischen, der sozialen Dimension liberaler Politik ist in der Rechts- und Wirtschaftsordnung enthalten, die das Handeln der Bürger mitbestimmt.⁴ Die Be-

⁴ s. Karl Homann /Eckart Blome-Drees, a.a.O.

dingungen des Regelsystems bestimmen weitgehend die Anreizstruktur für das Handeln in der Politik und in der Wirtschaft, ähnlich wie im Sport. Und der Wettbewerb im Sport wie der Wettbewerb in Wirtschaft und Gesellschaft richten sich weitgehend an dem jeweiligen Regel- und Anreizsystem aus. Das schließt auch hier keineswegs aus, daß Usancen und bürgerliche Moral etwas schärfere Anforderungen an das Sozialverhalten stellen als sich bereits in den Regeln des Ordnungsrahmens - als Minimalmoral gewissermaßen - niedergeschlagen hat. Im Gegenteil, auf der Basis der jeweils erreichten Wohlstandsstufe wachsen mit anderen Ansprüchen auch die Ansprüche an das soziale Verhalten. Und natürlich schließt liberale Politik die Verantwortung des Einzelnen für viele kleine Gemeinschaften in der Bürgergesellschaft mit ein, ebenso wie die mitgestaltende (ehrenamtliche) Mitwirkung in ihnen und im Staat. Eines der Anliegen liberaler Politik ist es ja gerade, die Wahrnehmung dieser Verantwortung durch die Gewährung größerer Autonomie zu stärken.

Die soziale Dimension liberaler Politik ist also nicht etwa vorrangig in dem Reparaturbetrieb sozialer Prozesse zu suchen, in dem staatliche Sozialpolitik die Ergebnisse von Markt und Wettbewerb korrigieren soll. Die Reduktion des Sozialen auf diesen Reparaturbetrieb, die Entgegensetzung von Sozialem und marktwirtschaftlicher Politik ist ein grundlegendes und weitverbreitetes Mißverständnis. Es wird verstärkt durch die meist höchst einseitige Betrachtung von Beispielen des sogenannten „Marktversagens“, mit dem dann wiederum versucht wird, den Staat auf den Plan zu rufen, allerdings ohne die Berücksichtigung des meist viel gravierenderen „Staatsversagens“. Die soziale Dimension liberaler Politik liegt nicht so sehr im nachträglichen Ausbessern, sondern sie liegt zuallererst im Gesellschaftsentwurf selbst, in seiner Rechts- und Wirtschaftsordnung, die das Eigentum garantiert und den Wettbewerb durch geeignete Regeln auf das Gemeinwohl hin kanalisiert.⁵

Liberale Politik erreicht ihre sozialen Wirkungen zuallererst über die Märkte, über marktwirtschaftliche Politik und durch die Nutzung von ökonomischen Anreizmechanismen, die in der Wirtschaftsordnung enthalten sind. Sie sind in einer Rechts- und Wirtschaftsordnung enthalten, die ihrerseits die sozialen

⁵ Karl Homann, Sozialpolitik nicht gegen den Markt, FAZ, Nr. 37 v. 13. Februar 1999, S 15; Homann/

Blome-Drees, Unternehmensethik...., a.a.O. u. H.Müller-Groeling, Unternehmensethik in einer Sozia-

len Marktwirtschaft nach deutschem Vorbild (Übersetzung), in: Zeitschrift der deutsch-polnischen

Industrie- und Handelskammer, Hefte 7/8 u. 9, 1999.

und ethischen Anforderungen der Gesellschaft im Sinne einer Minimalmoral widerspiegelt. Eine Entgegensetzung von marktwirtschaftlicher und sozialer Politik wird liberaler Politik nicht gerecht, ja sie verkennt die wesentlichen Elemente ihrer sozialen Wirkungsmechanismen.

Soziale Funktion der Märkte

Liberaler Politik geht es wesentlich um die Freiheit der Bürger. Freiheit begrenzt die Rechte des Staates und der Gesellschaft gegenüber dem Einzelnen, allerdings bedeutet Freiheit auch Verantwortung des Einzelnen für die Folgen seiner Handlungen für sich und die Seinen ebenso wie für die Gemeinschaft.

Es geht jedoch keineswegs nur um die 'Freiheit wovon', also um die weitestmögliche Freiheit von staatlichen Zwängen und korporativistischer Bevormundung, so wichtig diese Freiheit natürlich auch ist. Es geht auch um die 'Freiheit wozu'. Und hier ist ein essentielles Element die Freiheit der Wahl, die Freiheit jedes einzelnen Bürgers, sein Leben im Rahmen der Rechts- und Wirtschaftsordnung so weit als möglich nach eigenen Vorstellungen und in eigener Verantwortung zu gestalten, allerdings unter Beachtung der Freiheit der anderen und im Wettbewerb mit ihnen.

Dazu bedarf es der Alternativen, zur Mitwirkung an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten natürlich der politischen Alternativen. Aber es geht liberaler Politik nicht nur um die Wahlfreiheit an der Wahlurne und die Ausdehnung plebiszitärer Elemente, sondern um Wahlfreiheit auch bei der Gestaltung des privaten Lebens. Die Freiheit der Wahl darf allerdings nicht auf die wirtschaftliche Dimension reduziert werden, sie muß in ihrem Wert ganz umfassend verstanden werden.

Um diese Freiheit der Wahl sicherzustellen, um eine Vielzahl von Möglichkeiten zu bieten, ist der Markt, ist marktwirtschaftliche Politik, die auf eine fundamentale Garantie des Eigentums und auf das System freier Märkte im Rahmen einer vorgegebenen Rechts- und Wirtschaftsordnung setzt, ein unentbehrliches, ein soziales, wenn auch vielfach mißverständliches Instrument. Märkte ermöglichen freien Austausch, freien Wettbewerb und freie Kooperation. Dies sind auch die Grundpfeiler einer liberalen Gesellschaft. Sie setzt die Existenz von Märkten voraus, auf denen im Rahmen der Gesetze freier Austausch herrscht, aber auch Wettbewerb als Leistungsanreiz und zur Begrenzung wirtschaftlicher Macht, nicht zuletzt jedoch auch freie Kooperation, deren Bedeutung für das markt-

wirtschaftliche System häufig nicht genügend gesehen und gewürdigt wird.

Aber auch die Bedeutung des freien Austauschs darf nicht unterschätzt werden. Im Marktprozeß und über die Marktpreise wird ein für den wirtschaftlichen Fortschritt zentrales Informationsproblem (über Präferenzen und wirtschaftliche Knappheit) gelöst, das - wie die Experimente mit Zentralverwaltungswirtschaften zeigen - nicht anders als dezentral über die Märkte zu lösen ist. Damit erzielt liberale Politik über das marktwirtschaftliche Anreizsystem und den Wettbewerb, der ja auch zugleich ein Entdeckungsverfahren ist⁶, in hohem Maße Effizienz und wirtschaftlich-technischen Fortschritt. Sie bewirkt, vor allem in den Industrieländern, aber keineswegs nur dort, eine erstaunliche Wohlstandssteigerung, deren Ausmaß seltsamerweise häufig gar nicht mehr wahrgenommen wird. Und dies um so weniger, als diese Wohlstandssteigerung zu einem guten Teil aus einer Zunahme der Freizeit, mehr noch, aus einer Abnahme der Lebensarbeitszeit besteht und nicht zuletzt zu einem bemerkenswerten Ansteigen der Lebenserwartungen beigetragen hat. Es ist diese Steigerung des Wohlstands in seiner weiten Bedeutung, die einen nicht unbeträchtlichen Teil der sozialen Dimension liberaler Politik ausmacht.

Mißverstanden wird die Funktion marktwirtschaftlicher Politik häufig allein dadurch, daß der Begriff des Marktes verengt nur auf die Konsumgütermärkte angewandt und daß diese Politik sehr häufig ausschließlich als eine Politik der materiellen Bedürfnisbefriedigung angesehen wird. Dabei wird dann außer Acht gelassen, daß natürlich auch Dienstleistungen wie Konzerte, Theater, Ausstellungen, Kunstgegenstände und vieles andere mehr Gegenstand von Märkten sind, so daß kultureller Hochmut gegenüber 'dem Markt' eher von Unwissenheit als von moralischer Überlegenheit zeugt.

Daß viele wichtige Lebensentscheidungen auf Märkten fallen, wird gerne übersehen. Es sei hier nur exemplarisch an die Entscheidungen auf den Arbeits-, Wohnungs-, Ausbildungs- und Finanzmärkten erinnert, um zu zeigen, daß es keinen Anlaß gibt zu Vorurteilen gegenüber einer liberalen Politik, die auf die Märkte setzt.

Das Beispiel des Arbeitsmarktes

⁶ s. Friedrich v. Hayek, Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Kieler Vorträge Nr. 58, Tübingen 1968

Was geschieht, wenn auf einem Markt das freie Spiel der Kräfte nicht zugelassen, wenn der Markt überreguliert wird, zeigt die hohe und anhaltende Arbeitslosigkeit in Deutschland. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist ein soziales Schicksal, das weit über die Fragen von Lohn und Gehalt hinausgeht und soziale Stellung und Selbstwertgefühl der Betroffenen beschädigt. Hier zeigt sich die soziale Dimension einer liberalen Politik besonders deutlich, die durch die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und durch eine marktwirtschaftliche Politik einen funktionsfähigen Arbeitsmarkt schaffen und damit einen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten will, wie dies sich in anderen Ländern ja durchaus als möglich erwiesen hat. Eine liberale Arbeitsmarktpolitik würde unter anderem dem Einzelnen das Recht darauf garantieren müssen, Arbeit zu Marktbedingungen auch annehmen zu dürfen, wenn sie angeboten wird (in Härtefällen mit der Zahlung von Einkommensergänzungen). Eine liberale Arbeitsmarktpolitik ist aus drei Gründen sozial. Sie kann erstens verhindern, daß sich die Tarifparteien - im Rahmen der gegenwärtigen, staatlich abgestützten Arbeitsmarktverfassung - auf Kosten Dritter einigen, nämlich auf Kosten der Arbeitslosen und der Steuerzahler. Sie erschwert zweitens, daß sich Arbeitsunwillige auf Kosten der Gemeinschaft der Verantwortung entziehen, für den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familie zu sorgen. Aber weitaus am wichtigsten ist, daß sie drittens durch eine Flexibilisierung der Arbeitsmarktgesetzgebung einen entscheidenden Beitrag dazu leisten würde, die hohe Arbeitslosigkeit zu reduzieren, die doch mit ihren sozial negativen Auswirkungen das absolut Unsozialste ist, was sich unsere Gesellschaft leistet, häufig mit der Behauptung, die relevante Arbeits- und Arbeitsmarktgesetzgebung sei sozial. Es zeigt sich hier besonders deutlich, daß liberale Politik in vielen Fällen sehr viel sozialer ist als eine Ausweitung der herkömmlichen teilweise protektionistischen Sozialgesetzgebung und der Politik der Sozialen Sicherung.

Subsidiarität

Liberale Politik ist zuallererst eine Politik, die die Freiheit der Bürger sichert und herausfordert, indem sie freie Entscheidungen in Selbstverantwortung ermöglicht und einübt. Freiheit, Selbständigkeit und Eigenverantwortung gehören wie das Entwickeln und Messen der Kräfte im Wettbewerb und die freie Kooperation auf den Märkten als Werte zu einem spezifisch liberalen Menschenbild. Es sind Werte, die eng mit dem gesellschaftlichen Organisationsprinzip der Subsidiarität zusammenhängen, das oft zitiert, aber nur selten so ernst ge-

nommen wird, wie es das verdient.⁷ Es ist ein urliberales Prinzip, das leider auch von Liberalen zuweilen in seiner Bedeutung unterschätzt wird. Interessanterweise ist dieses Prinzip besonders schlüssig in der Enzyklika 'Quadragesimo Anno' formuliert worden, wo es als der „oberste sozialphilosophische Grundsatz“ bezeichnet wird. Es besagt in der Sprache dieser Enzyklika, „daß dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf“. Die Enzyklika formuliert darüber hinaus, daß „jedwede Gesellschaftstätigkeit ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär ist“.

Freie Märkte, Wirtschaftsdynamik und Spielraum für echte Solidarität

Die Existenz von freien Märkten, eine marktwirtschaftliche Politik, sind ein wesentliches Element der Freiheitssicherung und der herrschaftsfreien Kooperation. Freie Märkte sind - ganz unabhängig von Effizienz- und Wachstumsargumenten für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung - von grundlegendem Wert für die Lebensführung und Unabhängigkeit des Einzelnen. Sie sind - wie die Geschichte zeigt - wegen ihrer fundamentalen Bedeutung für die Wahlfreiheit und insbesondere auch wegen der Interdependenz der Ordnungen (Eucken) das Fundament eines demokratischen Gemeinwesens und damit natürlich Kernstück liberaler Politik.

Liberale Politik trägt mit ihrer Betonung und Verteidigung des marktwirtschaftlichen Systems aber auch zur wirtschaftlichen Dynamik und damit zum Wohlstand in der Gesellschaft bei. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung mit einem System freier Märkte ermöglicht nicht nur die Entscheidungsfreiheit, sie schafft, indem sie über Anreizmechanismen für die Aktivierung des Leistungsstrebens und der produktiven Kräfte sorgt, Spielräume für echte, nicht erzwungene Solidarität durch private Wohltätigkeit, aber auch für öffentliche Hilfe an die wirklich Bedürftigen.

Märkte und Gleichbehandlung

Eine wichtige Eigenschaft der Märkte ist, daß sie im Prinzip die Gleichbehandlung der Bürger sichern, und das heißt, anders gewendet, auch ihre Nichtdiskriminierung. Diese Gleich-

⁷ Die Europapolitik mit ihren Lippenbekenntnissen zur Subsidiarität ist ein Beispiel dafür

behandlung ist ein wichtiger Bestandteil der sozialen Dimension liberaler Politik.

Es geht auf Märkten nicht um die selbstverständliche (private) Nächstenliebe gegenüber der Familie. Es geht dort auch nicht um Zusammenhalt, Kameraderie oder Klüngelei gegenüber Kleingruppen, Verbänden und Parteien (also gerade nicht um 'crony capitalism' oder Korporativismus). Es geht auf Märkten um Chancengleichheit, die ein Kernstück liberaler Politik ist, nicht um Ergebnisgleichheit (Unterschiedliches wird durchaus unterschiedlich behandelt). Es geht um die Nichtdiskriminierung 'Fremder', um Fernstenliebe (Hartmann), aber es geht auch um Wettbewerb.⁸ Es ist diese Gleichbehandlung der Nächsten und der Fernsten, diese Nichtdiskriminierung, die häufig dem Markt und dem liberalen Marktwirtschaftler den Vorwurf sozialer Kälte einträgt. Aber Nichtdiskriminierung ist ein wichtiges Element sozialer Politik und der 'Guten Gesellschaft'. Märkte, so zeigt sich hier, gehen mit einem sehr knappen Gut, der Nächstenliebe, sparsam um, damit sie bei den richtigen Gelegenheiten in ihr Recht tritt (v.Hayek).

Egoismus, Altruismus und soziale Gerechtigkeit

Häufig wird die Wahl auf dem Markt der politischen Wahl gegenübergestellt, um zu zeigen, daß auf dem Markt unter eigennützigen, bei der politischen Wahl aber unter altruistischen Gesichtspunkten gewählt wird. Es ist aber zu bedenken, daß die Wahl auf dem Markt von dem Wählenden selber bezahlt, zu meist unter Einsatz seiner eigenen Mittel durchgeführt wird, während er bei der politischen Wahl durchaus legitimerweise darauf achten kann, selber der Begünstigte zu sein. Stimmt der Bürger für soziale Maßnahmen, die andere begünstigen, so kann er wenigstens hoffen, selber nicht den vollen Anteil oder vielleicht gar nichts zu deren Finanzierung beitragen zu müssen. Nicht von ungefähr sind Wahlen, in denen es ja häufig um die Verteilung von sozialen Leistungen geht, auch schon mit Auktionen verglichen worden (Roland Vaubel). Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheinen Marktentscheidungen in einem anderen, in einem sozialeren Licht. Die vielfach geäußerte Behauptung, die politischen Wahlen seien im Gegensatz zu den Marktentscheidungen stärker vom Altruismus bestimmt, wird angesichts dieser Überlegungen zweifelhaft. Und es wird eher verständlich, warum liberale Politik in vielen Fällen auf das System der Märkte und Marktentscheidungen setzt.

⁸ s. Herbert Giersch, Das Wirtschaftswachstum in Zeiten der Globalisierung, FAZ Nr.12, 15.1.2000,
Seite 15

Noch in einem anderen Zusammenhang setzt liberale Politik auf den Wettbewerbsprozeß auf den Märkten. Es geht dabei um die vieldiskutierte Frage der 'sozialen Gerechtigkeit'. Da es aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen nur selten möglich ist, sich darüber zu einigen, wann ein Verteilungsergebnis als gerecht anzusehen ist, schlägt Friedrich v. Hayek, der von der „völligen Inhaltslosigkeit des Begriffs 'soziale Gerechtigkeit'“ spricht, vor, statt der Ergebnisgerechtigkeit die Verfahrensgerechtigkeit anzustreben.⁹ Im Sinne dieses Vorschlags setzt liberale Politik - auch hier in Analogie zum Wettbewerb im Sport - auf den Wettbewerb auf den Märkten im Rahmen der Regeln der Rechts- und Wirtschaftsordnung. Und sie setzt auf die Verbesserung dieser Regeln und natürlich auch auf eine Korrektur der Ergebnisse für diejenigen, die an diesem Wettbewerb nicht oder nur begrenzt teilnehmen können.

Liberale Politik will ja gerade durch Wohlstandssteigerung, durch das Zurückdrängen des Staates und durch großzügige gesetzliche Regelungen nicht nur finanzielle Spielräume für die Eigenvorsorge und für staatliche Hilfe an wahrhaft Bedürftige, sondern auch für private Wohltätigkeit schaffen. Es geht ihr auch darum, eine Haltung gegenüber privater Wohltätigkeit zu fördern, wie sie in anderen Ländern unter günstigeren Bedingungen durchaus stärker vorhanden ist.¹⁰ Eine Sicht, die nur das als sozial ansieht, was die Ansprüche des Einzelnen an das Kollektiv angeht, ist das Produkt der langjährigen Züchtung einer Anspruchsmentalität durch eine staatliche Vollversorgung, die sich dann durch ihre Konstruktion oder Mitnahmeeffekte leicht entweder als unzureichend oder als unbezahlbar herausstellt.

Wirtschaftlicher Fortschritt

Marktwirtschaftliche Politik setzt auf wirtschaftliche Dynamik, die aus der Kombination individueller Initiative und entsprechender Anreizsysteme entsteht. Der freie Handel mit Gütern und Diensten und der freie Kapitalverkehr machen die weltweite Arbeitsteilung möglich und dienen dem 'Wohlstand der Nationen'. Wirtschaftliches Wachstum und die Zunahme des Wohlstands - national und international - sind für die so-

⁹ s. Friedrich v. Hayek, Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, S. 23,

Tübingen 1977 und The Fiction of Social Justice, in: New Studies in Philosophy, Politik, Economics and the History of Ideas, London 1978.

¹⁰ s. Karl-Heinz Paqué, Philantropie und Steuerpolitik, Kieler Studie 203, Tübingen 1986.

ziale Dimension liberaler Politik von zentraler Bedeutung. Sie sind dies um so mehr, als wirtschaftliches Wachstum sich tendenziell beschleunigt und immer stärker auf Forschung und Wissen gründet als auf Rohstoffe und Industrieproduktion. Dies kommt gewiß dem Streben nach Nachhaltigkeit des Wirtschaftens entgegen. Damit gewinnt aber auch die soziale Dimension eines der Schwerpunkte liberaler Politik - die Förderung von Bildung und Ausbildung - zusätzliche Bedeutung, und für den Einzelnen ergeben sich vermehrt Chancen, seine persönlichen Gaben einzubringen.¹¹

Eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums ist nicht ohne Probleme. Wachstum bedeutet immer zugleich Strukturwandel und vermehrt nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken. Es verlangt Flexibilität und Anpassungsbereitschaft und strapaziert die soziale Kohäsion. Wissen und Kapital veralten schneller, und die soziale Differenzierung kann zunehmen. Dies alles ist für liberales Gedankengut nicht ungefährlich. Es verstärkt den Ruf nach Gleichheit (hier nicht der Chancen, sondern der Ergebnisse) und nach dem Staat und erzeugt Widerstände gegen gerade die Bedingungen, die für den wirtschaftlichen Fortschritt günstig sind. Vieles davon beruht auf Widerstand gegen den Wandel, auf mangelnder Ausbildung und Flexibilität, aber vieles auch auf Mißverständnissen über die Bedingungen des Wohlstands und des wirtschaftlichen Wachstums und über die Rolle des Staates, die allerdings nicht leicht zu beseitigen sein dürften.

Globalisierung und liberale Politik

Wenn wir von sozialer Politik sprechen, beziehen wir dies merkwürdigerweise zumeist auf das Inland. Auch diejenigen, die sich eine multikulturelle Gesellschaft wünschen, bleiben mit ihren sozialen Erwägungen häufig im Inland stecken, jedenfalls wenn die politische Diskussion über die Zahlung von Entwicklungshilfe hinausgeht. Auch dies mag eine Folge davon sein, daß die Konzentration auf die Systeme der sozialen Sicherung, die ja in vieler Hinsicht alles andere als sozial sind, erheblich dazu beigetragen hat, den Blick auf das Soziale einer Gesellschaftsordnung ganz unzulässig zu verengen.

Die Diskussion um die Weltwirtschaftsordnung und die Globalisierung ist eine Lehrstück für die soziale Komponente libe-

¹¹ Unterschiede in der Begabung werden auch hier natürlich zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, sollten aber kein Anlaß für Gleichmacherei sein, weder in der Ausbildung selbst noch in ihren Ergebnissen.

raler Politik. Auch hier besteht die soziale Dimension liberaler Politik nicht zuallererst in der Zahlung von Entwicklungshilfe, sondern darin, über die Entwicklung kultureller Beziehungen und wirtschaftlich-technische Entwicklungshilfe hinaus freie Märkte für Handel, Investitionen und Dienstleistungen zu schaffen. Damit erstrebt sie einen freien Marktzugang zu den Märkten der Industrieländer auch für die Anbieter aus den Entwicklungsländern, so daß alle, die dies wünschen, frei von Diskriminierung an der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung teilnehmen können.

In der verengten Sicht auf das Inland wird die Globalisierung jedoch häufig als eine soziale Gefahr für die inländische einfache Arbeit gesehen, die nun auch dem Wettbewerbsdruck aus den sogenannten 'Niedriglohnländern' ausgesetzt ist, das heißt mit den Arbeitern aus den Entwicklungsländern und aus den Reformländern im Osten (Hongkong vor der Tür) konkurrieren muß. Die Arbeitsplätze für ungelernete Arbeiter in den Industrieländern sind in der Tat gefährdet, soweit es nicht zu den erforderlichen strukturellen Anpassungen in diesen Ländern kommt, die im wesentlichen in verbesserter Aus- und Weiterbildung besteht, aber auch in einer Spreizung der Lohneinkommen.

Andererseits gewährt jedoch die Globalisierung den vielen Ärmern in den Entwicklungsländern Chancengleichheit. Sie ermöglicht ihnen, an den Segnungen der Arbeitsteilung teilzunehmen und damit überhaupt ein Einkommen zu erzielen oder ihren Lebensstandard anzuheben.

Ein weiteres Resultat der Globalisierung genannten Ausdehnung der internationalen Arbeitsteilung ist, daß die beteiligten Staaten mit ihren Maßnahmen zunehmend unter die Kontrolle des Standortwettbewerbs geraten. Ein Teil ihrer Macht über die Bürger geht in diesem Wettbewerb verloren, und der staatliche Interventionismus wird zurückgedrängt. Es wird schwerer, durch Steuern oder Sozialabgaben die Einkommen der Bürger einzuschränken, sofern der Gegenwert von den Bürgern als nicht ausreichend angesehen wird. Ähnliches gilt für Interessenverbände, die ihre Macht aus der Abschottung der heimischen Märkte ziehen. Nicht alle werden diese Begrenzung staatlicher Macht begrüßen, vor allem diejenigen nicht, die sich von staatlichen Maßnahmen viel versprechen und dem Staat eine weitgehende Rolle zubilligen.¹² Aber im Prinzip bewirkt der Standortwettbewerb ganz im Sinne liberaler Politik eine

¹² Auch gibt es den Einwand des „race to the bottom“, also die Befürchtung, daß unter dem Standortwettbewerb die staatlichen Steuersenkungen keine Ende finden könnte, eine Befürchtung, der die Wirklichkeit eher zu widersprechen scheint.

weitere Vergrößerung der Wahlmöglichkeiten der Bürger und ein Zurückdrängen der Macht des Regelungs- und Steuerstaates und seiner Parafiscen sowie eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen weltweit.

Protektionismus als Gefahr

Die Versuchung allerdings ist groß, sich diesem Anspruch des Sozialen nicht zu stellen, das Kollektiv der Begünstigten - das 'Wir' - eng zu definieren und sich gegen den unerwünschten Wettbewerb 'von außen' abzuschotten. Es fällt dabei auch leicht, Sozialhilfe (Entwicklungshilfe) zu bejahen, allerdings möglichst von den anderen finanziert, aber freien Zugang zu den Märkten und freien Wettbewerb abzulehnen, indem man Horrorszenarien der Globalisierung entwirft.

Um den Wettbewerb zu verhindern, gibt es in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen vielerlei Möglichkeiten. Nicht alle werden leicht als protektionistisch erkannt. Das gilt schon für den „freihändlerischen“ Zusammenschluß zu einer Zollunion (oder zu mehr). Bekanntlich entstehen in solchen Gebilden neben Effekten der Handelsschaffung auch solche der Handelsumlenkung, letztere zum Nachteil der Nichtmitglieder und zum Vorteil der Mitglieder. Es wird also gegenüber den Nichtmitgliedern (mit oder ohne Genehmigung) gegen das Meistbegünstigungsprinzip der Welthandelsorganisation (WTO) verstoßen, das fordert, daß alle Vorteile, die einer Handelsnation eingeräumt werden, auch allen anderen eingeräumt werden müssen.

Gefährlichere Elemente der Diskriminierung (des Protektionismus) sind Standards, die vordergründig unter der Flagge des Sozialen segeln und die doch häufig als Instrumente des Protektionismus benutzt werden, indem man sie den Handelspartnern aufzuzwingen sucht. Sie sind so gefährlich, weil sie, wie zum Beispiel Sozialstandards oder Umweltstandards, sozial erscheinen und doch höchst unsozial sein können. Wie sollen denn die Arbeiter aus Bangladesch konkurrenzfähig sein, wenn ihnen etwa die Sozialstandards der Industrienationen aufgezungen werden? Im Inland wie im Ausland ist es nicht notwendigerweise sozial, dafür zu sorgen, daß es denen besser geht, die eine Arbeit haben, sondern es ist sozial, denjenigen, die keine Arbeit haben, eine Chance zu geben. Oder: Kann und sollte sich ein reicheres Land nicht andere Umweltstandards leisten als ein ärmeres? Ist der Versuch sozial, durch die sogenannte Entsenderichtlinie den Wettbewerb mit niedrigeren Löhnen durch Arbeiter aus anderen EG-Ländern zu unterbinden?

Gegen alle diese Versuche einer höchst zweifelhaften sozialen Gerechtigkeit, die eigenen Privilegien gegenüber den Ärmern zu verteidigen, ihnen den Marktzugang zu verweigern oder doch zumindest zu erschweren, zeigt eine liberale Weltwirtschaftspolitik mit ihrer zentralen Regel der Nichtdiskriminierung und der Meistbegünstigung ein kräftiges soziales Profil, und dies wiederum auch ohne auf Entwicklungshilfe zu rekurrieren, die aber natürlich - ebenso wie Sozialhilfe im Inland - keineswegs ausgeschlossen sein soll.

Liberale Politik und Sozialpolitik

Es gilt ein Mißverständnis zu vermeiden. Hier ist von der sozialen Dimension liberaler Politik, nicht von der liberalen Sicht auf den herkömmlichen Sektor der Sozialen Sicherung die Rede. Wenn hier von liberaler Sozialpolitik in diesem engeren Sinne gesprochen werden sollte, dann wäre zu diskutieren, was aus den Prinzipien liberaler Politik für die Sicherungssysteme gegen die wirtschaftlichen Folgen der Lebensrisiken Krankheit, Alter, Invalidität, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit für die Bürger gefolgert werden müßte.

Es wäre folglich zu diskutieren, ob sich die staatlich erzwungene Umverteilung von Lebenseinkommen, ob sich die Entmündigung der Bürger durch die staatlichen Zwangsversicherungssysteme gegen die wirtschaftlichen Lebensrisiken mit den liberalen Prinzipien vereinbaren ließen. Und dies besonders im Hinblick auf die Frage, ob solche Zwangsversicherungssysteme angesichts des doch erheblich angestiegenen Wohlstands in der Gesellschaft noch als so angemessen gelten können, wie dies vielleicht zu den Zeiten ihrer Einführung der Fall gewesen sein mag. Es wäre außerdem zu fragen, ob diese Systeme mit ihren Umlageverfahren angesichts der schrumpfenden Bevölkerung überhaupt noch funktionsfähig sind und ob sie ein Minimum an interpersoneller und Intergenerationengerechtigkeit sicherstellen. Kurz, es wäre hier zu diskutieren, wie sich der Bürger aus liberaler Sicht in der gegenwärtigen Situation gegen diese und andere Lebensrisiken absichern sollte. Es ist offensichtlich, daß eine solche Diskussion in der Alterssicherung zu Vorschlägen mit einer starken Betonung der Eigenverantwortung und Individualversicherung nach dem Kapitaldeckungsverfahren führen würde, wahrscheinlich mit einer gesetzlich festgelegten Mindestsicherung wie etwa in der Kfz-Haftpflichtversicherung zur Vermeidung von 'moral hazard'.¹³ Beim Schutz gegen die wirtschaftlichen

¹³ s. Roland Vaubel, Reforming Social Security for Old Age, u. Hubertus Müller-Groeling, Comment in:

Herbert Giersch (Hrsg.), Reassessing the Role of Government in the Mixed Economy, , S. 173 ff. und

Risiken der Krankheit würde es sicher gleichfalls zu Vorschlägen kommen, die auf eine stärkere Betonung der Wahlfreiheit, privater Versicherung mit unterschiedlichen Formen der Rückvergütung und des Selbstbehalts hinauslaufen, wobei sich auch hier als Konzession gegenüber der Gemeinschaft wegen des ubiquitären 'moral hazard' die Festlegung einer Mindestsicherung denken ließe.¹⁴

Es ist wichtig zu erkennen, daß liberaler Politik wie der herkömmlichen Sozialpolitik die Sicherung des Einzelnen gegen die Einkommensrisiken am Herzen liegt. Die soziale Dimension liberaler Politik ist, daß sie zunächst an den Einzelnen selber und seine Verantwortung appelliert, nicht sofort Ansprüche an die Gesellschaft konstituiert, ihm aber damit in gewissen Grenzen auch die Freiheit der Wahl läßt. Eine spezifisch soziale Dimension erhält liberale Politik der Risikosicherung auch dadurch, daß sie Verträge zu Lasten Dritter zu verhindern sucht, wie sie heute bei Verhandlungen über die staatlichen Systeme Sozialer Sicherung häufig geschlossen werden. Das beste Beispiel ist die Alterssicherung, in der sich unter dem Stichwort Solidarität und Generationenvertrag die Verhandlungspartner häufig zu Lasten der Steuerzahler und nachfolgender Generationen geeinigt haben.

Bei aller Kritik an den bestehenden Systemen muß ganz klar sein, daß liberale Politik ihre Verpflichtung gegenüber den wahrhaft Hilfsbedürftigen nicht aus dem Auge verlieren darf. Daß liberale Politik hier stärker auf allgemeine Wohlstandsmehrung, auf private Initiativen, Gemeinschaften und Netzwerke setzt, heißt nicht, daß sie nicht bereit ist, die erforderlichen Mittel für die Hilfsbedürftigen bereitzustellen. Im Gegenteil, für wirtschaftlichen Fortschritt zu sorgen, Mitnahmeeffekte zu vermeiden und soziale Hilfe auf die wahrhaft Hilfsbedürftigen zu konzentrieren heißt, daß ihnen wirklich geholfen werden kann.

Freiheit und Verantwortung in der Gemeinschaft

Liberale Politik hat per se eine bedeutende soziale Dimension. Sie setzt auf einen Gesellschaftsentwurf, der in sich sozial ist und die Freiheit des Einzelnen garantiert, seinen Lebensentwurf in der Bürgergesellschaft so weit wie möglich frei von Staatseingriffen, selbständig und in eigener Verant-

S. 191 ff., Tübingen 1983

¹⁴ vergl. etwa Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Grundsätze liberaler Sozialpolitik - 12 Thesen

wortung zu verwirklichen, sowohl im Wettbewerb mit anderen als auch in Kooperation mit ihnen. Liberale Politik tut dies allerdings innerhalb eines Rechts- und Ordnungsrahmens, der gewährleisten soll, daß das Wettbewerbsverhalten des Einzelnen nicht nur ihm selbst und seinen Gemeinschaften in der Bürgergesellschaft, sondern auch der Gemeinschaft insgesamt zugute kommt und daß es im Wettbewerb gerecht im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit zugeht. Und liberale Politik setzt auf die wirtschaftliche Dynamik, die ein solches System auslöst, auf Ausbildung der Bürger als Eigenwert, aber auch auf den daraus resultierenden technisch-wirtschaftlichen Fortschritt und die damit zusammenhängenden Wohlstandssteigerungen. Dazu ist ein System freier Märkte unerläßlich, das den freien Austausch von Gütern, Leistungen und Kapital auch über die nationalen Grenzen hinweg zuläßt, ebenso wie eine marktwirtschaftliche Politik, die für die erforderliche Offenheit und Funktionsfähigkeit der Märkte Sorge trägt, aber auch für die Begrenzung der Marktmacht. Die Begrenzung der Marktmacht ist eine der Aufgaben des Staates, den liberale Politik auf die Wahrnehmung seiner genuinen Aufgaben (wie zum Beispiel die innere und äußere Sicherheit) zurückschneiden will, die er dann aber auch wirklich ernst nehmen sollte.

Der Versuch, den sozialen Gehalt liberaler Politik an der herkömmlichen Sozialpolitik oder gar an der Vergrößerung staatlicher Zwangsversicherungssysteme zu messen, führt in die Irre. Liberale Politik hat eine soziale Dimension, die sich nicht auf die Sozialpolitik im engeren Sinne beschränkt, weil sie im Gesellschaftsentwurf selbst enthalten ist. In der Sozialpolitik führen die Prinzipien liberaler Politik dazu, stärker auf die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen zu rekurrieren, der die Sicherung gegen die wirtschaftlichen Lebensrisiken für sich und die Seinen in weiten Grenzen individuell entscheiden soll, ein Vorgehen, in dem das Kapitaldeckungsverfahren und die Tariffdifferenzierung ganz automatisch stärkeres Gewicht erhalten. Zugleich werden Mitnahmeeffekte verhindert, so daß die vorhandenen Mittel in der Sozialpolitik auf die Hilfe für die wahrhaft Bedürftigen konzentriert werden können.

Als marktwirtschaftliche Politik setzt liberale Politik auf eine freiheitliche Rechts- und Wirtschaftsordnung, auf die Garantie des Eigentums, auf die im Laufe der Geschichte entstandene Markt-moral, auf die Verantwortung und das Eigeninteresse der Bürger und die Dynamik des Wettbewerbs. Sie verteidigt und bewahrt die Freiheit der Bürger gegen staatliche Bevormundung und die Macht der Verbände. Mit der Freiheit, die sie dem einzelnen Bürger gewährt, bürdet sie ihm nicht nur die Verantwortung für sich und die Seinen auf, sondern auch Verantwortung für die mitgestaltende Mitwirkung in kleinen Gemeinschaften und in der Bürgergesellschaft. Von dem

Mißverständnis des „falschen Individualismus“ (v. Hayek), der den Einzelnen fast völlig isoliert von der Mitverantwortung und Mitgestaltung in der Gesellschaft sieht, ist liberale Politik weit entfernt.

(Beitrag erschienen im Buch: Freiheit und soziale Verantwortung - Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurt am Main 2001, ISBN 3-89843-041-3, 29,90 €)